

## Protokollauszug

aus der

### 17. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion - Videokonferenz vom 18.05.2021

---

öffentlich

**Top 4.5    Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der Pandemie  
21/SVV/0498  
geändert beschlossen**

Herr Fröhlich bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Hayn (Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst) stimmt zu, dass die Landeshauptstadt Potsdam bereits über eine Vielzahl psychosozialer Beratungs- und Hilfsangebote verfügt, die im Online-Wegweiser Seelische Gesundheit gebündelt sind. Der Online-Wegweiser wird seit 2018 aktualisiert, weiterentwickelt und umfangreich beworben. Aktuell laufen über die Social-Media-Kanäle der LHP anlass- und themenbezogene Beiträge zur Seelischen Gesundheit. Dabei wird auf Beratungsangebote der Stadt bzw. auf Hilfsangebote im Internet und Informationskampagnen verwiesen.

Die Träger der Gemeindepsychiatrie haben im Laufe der Pandemie begonnen, ihr Beratungs- und Hilfsangebote zu digitalisieren. Es wurden aber auch Hygienekonzepte erstellt, die auch persönliche Kontakte ermöglichen. Aufgrund des sehr hohen Bedarfs sind jedoch die bestehenden Angebote nicht ausreichend.

Da der Bedarf für eine Fachstelle seelische Gesundheit von Seiten der freien Träger schon vor der Pandemie geäußert wurde, erarbeitet die Psychiatriekoordination derzeit einen Drittmittelantrag (GKV-Bündnis), um eine Präventionsfach- und Clearingstelle in der Psychiatrie für Kinder aus sucht-/psychisch belasteten Familien zu installieren.

Im Setting Schule befindet sich der Drittmittelantrag für das Projekt „Seelische Gesundheit trifft Schule in Potsdam“ im Zeichnungsgang. Das Projekt soll im August 2021 an Potsdamer Schulen in sozial belasteten Stadtteilen starten.

Die Koordination für Suchtprävention plant mit der Schulsozialarbeit und der Suchtpräventionsfachstelle die Fachkräfte im Setting Schule mit Präventionsmethoden und Fachkompetenzen für Gesundheitsförderung gesamtstädtisch auszustatten. Mittelfristig sollen Modellschulen für Gesundheitsförderung und Prävention in Potsdam entstehen. Der Prozess ist bereits angelaufen. Dringender Handlungsbedarf besteht in der stationären medizinischen Versorgung, im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie. Aber auch der ambulante psychotherapeutische Bereich ist sehr stark nachgefragt und es bedarf einer Entlastung des Systems.

Frau Tietz spricht sich für den Antrag aus, der aus ihrer Sicht sinnvoll ist. Sie regt an, die Nachbarschafts- und Begegnungshäuser mit aufzunehmen.

Herr Fröhlich greift dies auf. Er spricht sich dafür aus, jetzt ein Votum zum vorliegenden Antrag abzugeben und ggf. im Jugendhilfeausschuss nachzuschärfen.

Herr Eichert bittet um eine Konkretisierung des Antrages bereits im GSWI-Ausschuss, um ein positives Votum abgeben zu können.

Frau Eifler spricht sich auch dafür aus, die Ergänzung jetzt aufzunehmen. Die Psychiatriekoordination der LHP soll dabei mit dem dazugehörigen Netzwerk für seelische Gesundheit zusammenarbeiten.

Frau Hayn weist darauf hin, dass Frau Magnussen ab dem 01.06.2021 wieder im Dienst ist. Sie bittet, den Zwischenbericht auf die Septembersitzung des GSWI-Ausschusses zu verschieben, da erst mit dem Arbeitskreis sowie den Nachbarschafts- und Begegnungshäusern gesprochen werden muss.

Nach einer kurzen Verständigung einigen sich die Ausschussmitglieder auf folgende **geänderte Fassung des Antrages**:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah die Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der gegenwärtigen Pandemie weiter zu entwickeln.**

**Dazu sollen psychosoziale Hilfsangebote abgestimmt und gebündelt, redundante Parallelentwicklungen vermieden sowie lokale Selbsthilfeaktivitäten unterstützt werden. Die Angebote sind verstärkt der Öffentlichkeit bekannt zu machen.**

**Die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit soll dabei mit dem dazugehörigen Netzwerk für seelische Gesundheit und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft–PSAG kooperieren, weiterhin sollten weitere wichtige Akteur\*innen wie der Arbeitskreis der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in die Erarbeitung dieser Hilfsstrategie einbezogen werden. Es wird empfohlen, die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit in den Krisenstab des Rathauses zu integrieren.**

**Ein Zwischenbericht soll im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion im September 2021 gegeben werden, der Bericht an die Stadtverordnetenversammlung im November 2021 erfolgen.**

Herr Adler stellt den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah ~~eine~~ **die** Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der gegenwärtigen Pandemie ~~erarbeiten zu lassen~~ **weiter zu entwickeln.**

Dazu sollen psychosoziale Hilfsangebote abgestimmt und gebündelt, redundante Parallelentwicklungen vermieden sowie lokale Selbsthilfeaktivitäten unterstützt werden. Die Angebote sind verstärkt der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit soll dabei mit dem dazugehörigen Netzwerk für seelische Gesundheit und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft–PSAG kooperieren, **weiterhin sollten weitere wichtige Akteur\*innen wie der Arbeitskreis der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in die Erarbeitung dieser Hilfsstrategie einbezogen werden.** Es wird empfohlen, die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit in den Krisenstab des Rathauses zu integrieren.

Ein Zwischenbericht soll im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion im ~~Juni~~ **September** 2021 gegeben werden, der Bericht an die Stadtverordnetenversammlung im ~~September~~ **November** 2021 erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 8 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich **angenommen**.